

„Die deutsche Nation befindet sich in höchster Gefahr. Die Vereinbarungen Adenauers über den Generalvertrag bedeuten die Eingliederung Westdeutschlands in das Atlantikpaktssystem. Die damit bewirkte Vertiefung der Spaltung Deutschlands und die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sind ein Schlag gegen das ganze deutsche Volk.“

Der Schumanplan einer westeuropäischen Montan-Union soll die Grundlage für die Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie schaffen, während der Generalvertrag mit seinen Zusatzabkommen die endgültige Remilitarisierung Westdeutschlands vollenden soll.

Wer „ja“ sagt zum Generalvertrag, der verzichtet auf den Friedensvertrag und auf die Zurückziehung der Besatzungstruppen, der verzichtet auf die Souveränität Deutschlands und bestätigt die Remilitarisierung Westdeutschlands, die zum dritten Weltkrieg führen muß. Ein dritter Weltkrieg würde sich auf dem Boden Deutschlands abspielen und dem deutschen Volk Eien und Tod bringen.“

Und in tiefem Verantwortungsbewußtsein vor dem Deutschen und allen friedliebenden Völkern wies die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem Schreiben vom 13. Februar 1952 an die Regierung der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf den großen Ernst der entstandenen Situation hin und stellte fest:

..... Der Friedensvertrag mit Deutschland ist notwendig, um die Gefahr der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und neuer Versuche der Aggression von seiner Seite zu verhindern ...“

Die entscheidenden Akte nationalen Verrats der Adenauer-Schumacher-Clique, die den erwähnten neuen Schritten der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zugrunde lagen, die die tiefe Wissenschaftlichkeit der Analyse des Zentralkomitees der SED vom Juni 1951 bestätigen und den fortschreitenden Prozeß der imperialistischen Entwicklung in Westdeutschland zeigen, sind die Annahme des Schumanplanes durch den Bonner Bundestag, der Abschluß des sog. Generalvertrages und die Versuche, die KPD und mit ihr zahlreiche andere für Frieden und Demokratie Eintretende Organisationen in Westdeutschland ihrer legalen Rechte zu berauben.

Gerade diese Vorgänge in der staatlichen und rechtlichen Sphäre bedürfen einer gründlichen wissenschaftlichen Betrachtung durch eine ihrer Aufgaben bewußte, fortschrittliche und nationale deutsche Staats- und Rechtswissenschaft. Erst aus einer solchen Analyse erwächst der Wissenschaft die Fähigkeit, den ihr zukommenden Beitrag zu dem großen Kampf unseres Volkes um Frieden, Einheit und Freiheit zu leisten. Erst diese Analyse ermöglicht die richtige Einschätzung der Lage und der Kräfteverhältnisse in unserem nationalen Existenz- und Befreiungskampf, die wissenschaftlich richtige und damit alle patriotischen Menschen unseres Volkes politisch mobilisierende Darstellung der Situation in Deutschland und schließlich den wirksamen Einsatz aller Mittel des Rechts für den Kampf um Frieden und Einheit.

Im folgenden soll daher der Versuch unternommen werden, auf den Grundlagen der grundsätzlichen wissenschaftlichen Lehren Lenins und Stalins von Staat und Recht in der Epoche des Imperialismus und der Analyse der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus in Westdeutschland durch die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED sowie des Referats von Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED²⁾ mit einigen Hinweisen zu einer solchen Untersuchung der gegenwärtigen Situation in Westdeutschland beizutragen. Es geht dabei vor allem darum, auf Grund der Stalinschen Lehre von Basis und Überbau die Bedeutung und die Funktion solcher Vorgänge wie der Annahme des Schumanplanes, des Generalvertrages und des Antrages der Regierung Adenauer an das Bundesverfassungsgericht auf Verbot der KPD zu zeigen.

II

Die Annahme des Schumanplanes durch den Bonner Bundestag und die damit erfolgte staatliche Sanktionierung des ersten Gliedes jener untrennbar zusammenhängenden Einheit: Schumanplan — Plevanplan — Generalvertrag entlarven erneut den Charakter des Adenauer-Staates. Darüber hinaus spiegeln diese Ereignisse aber auch deutlich sowohl die typisch imperialistischen Charakterzüge der gegenwärtigen ökonomischen Struktur in Westdeutschland wie ihre spezifischen Besonderheiten wider.

3) a. a. O.

Die monopolkapitalistische Struktur der westdeutschen Wirtschaft wurde vor allem durch die Fülle von Tatsachen und Zahlen bewiesen, die bereits im August 1951 das Weißbuch des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland der Öffentlichkeit mitteilte. Seitdem ist diese Entwicklung nur noch deutlicher geworden.

Der Generalsekretär der SED sagte auf der 8. Tagung des Zentralkomitees:

„Statt der auf der Potsdamer Konferenz vereinbarten Entmachtung der Kriegskonzerne wird die Konzentration weiter verstärkt³⁾. So sind durch eine Anordnung der Hohen Kommission vom 1. Oktober 1951 fünf Werke der „entflochtenen“ IG-Farben wieder zu einem Unternehmen zusammengelegt worden, und die englische „Welt“ konnte am

4. Oktober 1951 darauf hinweisen, daß weitere derartige Schritte „in Kürze erwartet“ würden. Nach einer Meldung des Kriegshetzerblattes „Tagesspiegel“ vom

23. September 1951 wurde:

„durch Entscheid des Alliierten Oberkommissariats der Zusammenschluß von Stahlkerngesellschaften und Kohlenzechen zunächst in fünf Fällen genehmigt.

Es handelt sich um die «Verbindungen des Dortmund-Hörder Hüttenvereins mit den drei Dortmunder Zechen und einer Kokerei der Vereinigten Stahlwerke AG, um die Westfalenhütte AG mit den Hoerschzechen Kaiserstuhl und Fürst Leopold, um den Klöckner-Komplex (Haspe, Georgs-Marienhütte) mit den Zechen Viktor und Ickern, um die Gruppe Rheinhausen mit den Essener Kruppzechen und den linksrheinischen Rossenray-Feldern sowie um die Maximilianshütte mit den Zechen Grillo und Grimberg der Essener Steinkohlen AG.“

Dem unter dem neuen Namen „Hüttenwerk Rheinhausen AG“ wiedererstandenen altberüchtigten Kruppkonzern wurden am 1. Oktober 1951 die Vermögenswerte der ehemaligen Friedrich-Krupp-AG offiziell übertragen. Und auf amerikanische Anweisung wurde der ehemalige Kruppbesitz an Aktien der „Westfälischen Drahtindustrie“ Hamm und der „Capito und Klein-AG“ in Düsseldorf-Benrath beschlagnahmt und auf die neue Firma übertragen. Der „Tagesspiegel“ stellte dazu am 2. Oktober 1951 fest, daß

„durch Zusammenschluß der Gesellschaft mit der Stahlbau Rheinhausen, der Westfälischen Drahtindustrie Hamm, der Capito & Klein AG, Düsseldorf-Benrath, der Friedrich Krupp-Bergwerke, Essen, und der Grubenfelder Gewerkschaft Rossenray eine neue Stahlkerngesellschaft gebildet wurde“⁴⁾.

Bereits am 14. Oktober 1951 konnte der „Morgen“ aus Essen melden:

„Mit der Gründung vier weiterer Rüstungskonzerne des Ruhrgebiets, der „Ruhrstabi-AG“, der „Gußstahlwerk-Bochumer Verein AG“, der „Stahl- und Walzwerk Rasselheim-Andernach AG“ und der „Eisenwerke und Gußstahlwerk Gelsenkirchen-Mühlheim-Meiderich AG“ steht die Reorganisation der westdeutschen Schwerindustrie vor dem Abschluß.

Von den vorgesehenen 24 Konzernen, die aus den alten Konzernen unter dem Gesichtspunkt gebildet werden sollen, daß sie jeweils eine möglichst leistungsfähige und operative bewegliche Werkskonzentration ergeben, sind 19 Konzerne gegründet. Die Wiedererrichtung des Flickkonzerns und zwei weiterer Konzerne wird in Kürze folgen ...

Die alten Kriegsverbrecherkonzerne sind im wesentlichen erhalten geblieben und in ihrer Leistungsfähigkeit nirgends geschmälert. Der Krupp-Konzern (Hüttenwerk Rheinhausen) verfügt über eine Stahlkapazität von 1,8 Mill. t im Jahr, der Dortmund-Hörder-Hütten-Verein sogar über eine Kapazität von 2,2 Mill. t bei einer Belegschaft von 17 800 Arbeitern. Den meisten Hüttenkonzernen sind außerdem Kohlenzechen angegliedert worden. Die Bildung entsprechender Dachgesellschaften, die sowohl den Hütten- als auch den Zechenverband dirigieren, haben die Oberkommissare bereits genehmigt.“

Parallel mit diesem fortschreitenden Monopolisierungsprozeß schritt inzwischen auch die Ausdehnung der Beteiligung des wiedererstehenden deutschen Imperialismus am Kapitalexport fort. Am 12. November 1951 berichtete die großbürgerliche holländische Zeitung „Nieuwe Rotterdamse Courant“:

„Aus gut informierten Kreisen in Bonn hat man erfahren, daß das westdeutsche Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Kanzlei einen Plan zur Anlage deutschen Kapitals in die spanische Rüstungsindustrie ausgearbeitet hat.“

Und die amerikanische „Neue Zeitung“, die es schließlich sehr genau wissen muß, charakterisierte den Prozeß der zunehmenden Macht des westdeutschen Finanzkapitals mit der zwar verschämten, aber trotzdem sehr durchsichtigen Formulierung:

3) a. a. O.

4) Diese Angaben sind Zscherneck in „Presseinformation“ des Amtes für Information der Deutschen Demokratischen Republik Nr. 256/1951 entnommen.